

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreiländt. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 19. September 1928

Nummer 75

Vom 13. Gewerkschaftskongreß

(Fortsetzung.)

Nachdem in den beiden ersten Verhandlungstagen die umfangreiche Tätigkeit des Bundesvorstandes in den letzten drei Jahren einer sehr eingehenden Darlegung und Prüfung unterzogen und durch ein nahezu einstimmiges Vertrauensvotum mit Anerkennung und Dank quittiert worden war, war die Bahn frei zur Beratung und Feststellung der allgemeinen gewerkschaftlichen Aufgaben für die Zukunft. Um jedoch keinerlei Illusionen vorzuschub zu leisten, sei von vornherein gesagt, daß es sich hierbei um wirtschafts- und sozialpolitische Reformbestrebungen handelt, die angesichts der gesamten Verhältnisse in Wirtschaft und Politik weder von heute auf morgen, noch ohne viel kräftigeren Ausbau der Gewerkschaften und tiefergreifende geistige Schulung der Arbeiterschaft durchgeführt werden können. Denn darüber dürfen wir uns keinem Zweifel hingeben, daß, so einheitlich und willenskräftig auf dem diesmaligen Gewerkschaftskongreß diese Aufgaben für die Zukunft behandelt wurden, ebenso auch alle jene Kreise, die bei der Durchführung unserer Forderungen mit einem Abbau ihrer bisherigen Wirtschafts- und Machtpositionen rechnen müssen, ihre letzten Kräfte einsetzen werden, um dies zu verhindern, und zwar nicht nur national, sondern auch international. Wir tun daher gut daran, wenn wir uns von vornherein bewußt bleiben, daß wir mit um so stärkeren Widerständen zu rechnen haben, je näher wir dem Ziele kommen wollen, das in einer gründlichen Umwandlung der privatkapitalistischen zu einer wirklich sozialen Wirtschaftsordnung besteht.

Trotzdem möchten wir keinen Zweifel darüber lassen, daß es sich bei allen diesen Fragen für uns als Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nicht um völlig neue Aufgaben handelt, sondern um solche, die schon in den ersten Keimen unserer Verbandsgründung enthalten waren und sich inzwischen auch zu kräftigen Impulsen innerhalb aller freien Gewerkschaften entwickelt haben. Diesen Gang der Dinge müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir nicht nur vor Enttäuschungen im Tempo der Erfüllung unserer Wünsche geschützt sein möchten, sondern vielmehr aus der Erkenntnis tatsächlicher Fortschritte neuen Mut und neue Kraft für noch wirksamere Mitarbeit an diesen hohen Kulturaufgaben im Interesse der gesamten Arbeiterschaft und damit auch der unsrigen schöpfen wollen.

Es werden daher auch aufmerksame Leser des „Korr.“ in dem nachstehenden kurzen Auszug aus dem Vortrag über „Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“, der auf dem diesmaligen Gewerkschaftskongreß von dem Mitarbeiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik Erik Naphthalis gehalten wurde, gar manches finden, was ihnen aus vielen wirtschaftspolitischen Auffäßen im Verbandsorgan zwar nicht unbekannt sein dürfte, trotzdem aber in der konkreten Zusammenfassung beweist, daß heute schon in der gewerkschaftlichen Mitarbeit am Aufbau einer besseren Wirtschaftsordnung eine Vertiefung zu verzeichnen ist, die noch vor drei Jahren, zur Zeit des Breslauer Gewerkschaftskongresses, nicht in so kurzer Zeit für möglich gehalten wurden. Dies ergibt sich aus folgender Zusammenfassung von Naphthalis Referat.

Der Ruf nach Wirtschaftsdemokratie innerhalb der deutschen Arbeiterschaft bedeutet nicht ein Abrücken von der Ideenwelt des Sozialismus. Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie bezeichnet vielmehr das Bedürfnis, den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus zu klären. Dieser Weg wird dadurch gekennzeichnet, daß der Autokratie der kapitalistischen Unternehmern die Demokratie der arbeitenden Menschen ent-

gegengesetzt wird, daß das Interesse der Gesamtheit gegenüber den Sonderinteressen einer herrschenden Klasse immer stärker in die Erscheinung tritt. Der Kapitalismus hat bereits von sich aus das System der freien Wirtschaft grundlegend verändert, indem er es mit zahlreichen Organisationselementen durchsetzte. Der Zweck dieser Durchorganisierung ist die Beherrschung des Marktes. Schätzungsweise ist bereits mehr als die Hälfte der deutschen industriellen Produktion in irgendeiner Form in dieses Netz organisatorischer Bindungen einbezogen worden. Diese Durchorganisierung des Kapitalismus bedeutet noch nicht Demokratisierung der Wirtschaft, sie muß aber zwangsmäßig deren Entwicklung beeinflussen. Denn diese höchste Form autokratischer Wirtschaftsbeherrschung ruft eine Gegenbewegung der Gesamtheit hervor, die sich äußert in dem Verlangen nach Kontrolle der privatkapitalistischen Monopole durch die Gemeinschaft, vertreten durch den demokratischen Staat. Neben die Staatskontrolle muß die Teilnahme der Arbeiterschaft an der Führung der großen Monopolorganisationen treten. Wir haben bereits einige Selbstverwaltungskörper auf gesellschaftlicher Grundlage (Kohle, Kali), die freilich noch Mängel aufweisen und daher einer Reform bedürfen. Neben die Tendenz zur privatkapitalistischen Organisation tritt als weiteres Merkmal der modernen Wirtschaftsentwicklung das Anwachsen der öffentlichen Betriebe, treten endlich als neues unfaktualistisches Element die eigenen Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterschaft (Konjunktionskassen, Arbeiterbank, Verband sozialer Baubetriebe usw.). Gleichlaufend mit dieser Entwicklung auf der Produktionsseite gehen die Wandlungen, die sich in der Gestaltung des Arbeitsmarktes vollziehen. Die frühere Freiheit des Arbeitsmarktes, die eine ökonomische Hörigkeit des Arbeiters gegenüber dem Kapital bedeutete, ist durch die jahrelange Arbeit der Gewerkschaften in ihren Grundlagen umgedeutet. An die Stelle individueller Vertragsabschlüsse einer Vielzahl von Arbeitern trat das kollektive Arbeitsrecht. Mit sozialen Gesetzen griff der Staat immer stärker in die Freiheit der Wirtschaft ein (Arbeitszeit, Arbeiterschutz, Sozialversicherung). Mit der Arbeitslosenversicherung wurde neuerdings der Keim gelegt für ein neues soziales Güterrecht, für eine Umgestaltung der Verteilungsordnung. Auf die Rationalisierungsfrage übergehend, führte der Redner, aus Ziel der Rationalisierung sei die Verringerung der Aufkosten, mit denen ein bestimmtes Arbeitsergebnis erreicht werden kann. Soweit diese Verringerung auf technischem Fortschritt und besserer betrieblicher Organisation beruht, werden sie auch von der Arbeiterschaft grundsätzlich bejaht. Sofern die Ersparnisse allerdings durch rücksichtslose Beschleunigung des Arbeitstempo, durch übermäßige Verausgabung von Arbeitskraft erzielt werden sollen, muß sie auf den berechtigten Widerstand der Arbeiterschaft stoßen. Denn solche Methoden haben mit echter, fortschrittlicher Rationalisierung nichts zu tun, sind Pseudorationalisierung, weil sie nicht berücksichtigen, daß die Erhaltung der Arbeitskraft und der Lebenskraft das wichtigste Ziel aller Wirtschaft sein muß. Derartigen Auswüchsen muß durch ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer vorgebeugt werden. Auch diese Frage mündet also in die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft aus. Der Prozeß der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems spielt sich praktisch in unendlich vielfachen Formen ab. Alle Gegenwartsforderungen der Arbeiterklasse tragen daher den gemeinsamen Charakter, daß sie gegenüber der kapitalistischen Autokratie eine Demokratisierung der Wirtschaftsführung anstreben. Demokratisierung ist aber nicht nur eine Erweiterung der Rechte, sondern auch eine Ausdehnung der Pflichten. Die Erziehung zur Ausübung dieser Pflichten ist eine Bil-

dungsaufgabe. Daher gehört der Ausbau des öffentlichen Schulwesens, insbesondere der Ausbau der Volksschulen, eng zu den Aufgaben der Wirtschaftsdemokratie. Durch die Beseitigung des Bildungsmonopols muß die Gemeinschaft den jungen Menschen die Vollenbung ihres Bildungsganges sichern. Der Weg zum Sozialismus kann nur schrittweise zurückgelegt werden. Er führt über die Demokratisierung der Wirtschaft in ihrem weitesten Sinne. Diese Forderung bedeutet also den beharrlichen und verstärkten Kampf für die Befreiung und die Entfaltung der kulturellen Kräfte der Arbeiterklasse, den Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus. — Wir behalten uns vor, unsere Leser mit diesem geistig hochstehenden Referat, von dem vorstehender Auszug nur etwa den zehnten Teil seines tatsächlichen Umfangs darstellt, gelegentlich noch näher bekanntzumachen.

An der Aussprache über das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat Naphthalis beteiligten sich zwölf Redner, die teilweise auf Einzelheiten noch etwas tiefer eingingen. Im allgemeinen wurde Befriedigung darüber ausgesprochen, daß der Referent restlose Klarheit über die besonderen Aufgaben der Gewerkschaften auf dem Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft geschaffen habe. Von der kommunistischen Dreierfraktion wagte sich nur einer zu einem mehr lächerlich als sachlich wirkenden Protest auf. Kraufes Gerede von der „abgedroschenen „Arbeitsgemeinschaft“ und heuchlerische Hoffnungen auf den bewußten Panzerkreuzer spädte er mit abstoßendem Geschimpfe auf die freien Gewerkschaften. Ihm setzte der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Tarnow einen wofstordienten Dämpfer mit folgenden Ausführungen auf: Niemand konnte von der Debatte über die Wirtschaftsdemokratie erwarten, daß ganz neue Wege gefunden werden. Aber es sollte die Erkenntnis dessen vertieft werden, was wir längst tun. Das ist ungeheuer wichtig, damit wir nicht mehr systemlos, sondern problematisch und systematisch das tun können, was notwendig ist. In der Regel ist die Idee die Mutter der Tat; aber die gesellschaftlichen Ideologien sind oft spät nachgeborene Kinder der gesellschaftlichen Entwicklung. Mancher begreift früher, mancher erst später. Es ist jedoch eine merkwürdige Sorte Marxismus, zu glauben, daß mit dem toten Karl Marx die Möglichkeit neuer Erkenntnisse vollständig aufgehört habe. Gerade, wenn man Marx folgt, so weiß man, daß man die Erkenntnis in dem jeweiligen Stand der ökonomischen Verhältnisse suchen muß. Wenn Karl Marx heute noch leben würde, so wäre er bei uns und würde an Stelle Naphthalis das Referat über Wirtschaftsdemokratie gehalten haben. Für uns ist wirtschaftliche Demokratisierung nicht eine Formsache, auch nicht eine Angelegenheit der Propaganda für ein allgemeines Menschenrecht. Wir erwarten vielmehr von unserer Arbeit etwas durchaus Reales, nämlich eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiterklasse. Wenn wir heute die Ideologie zu klären suchen, so heißt das, eine optimistischere Auffassung über die Lage der Arbeiterklasse in die Massen hineinbringen, als sie früher bestand. Dafür, daß die Arbeiterklasse aufsteigen kann; sind die gewerkschaftlichen Erfolge der beste Beweis. Wir denken nicht daran, unser Endziel, den Sozialismus, preiszugeben; aber wir denken auch nicht daran, der Arbeiterschaft einzureden, sie müsse mit ihrem Elend zufrieden sein. Wir wollen der Arbeiterschaft geben, was wir nach Lage der Wirtschaft und der produktiven Möglichkeiten schaffen. Wir wollen eine bessere Zukunft; aber wir wollen auch schon eine bessere Gegenwart. Das ist das Wesentliche an unserer Forderung nach wirtschaftlicher Demokratie. Nicht der schmalste Weg der Demokratie geht über den Weg der Staatsmacht. In demokratischen Staaten müssen wir

mitarbeiten. Die Verbundenheit der Gewerkschaftsbewegung mit dem Staat ist durch unsere Forderung nach Wirtschaftsdemokratie wesentlich unterstrichen worden. Wenn aber die Gewerkschaften den Weg zur Staatsmacht gehen wollen, so ergibt sich daraus, daß wir dann auch enger verbunden sind mit der politischen Partei, die den gleichen Weg geht. Die Verbundenheit mit der Sozialdemokratischen Partei ist durch unsere Forderungen stärker geworden. Wir können selbstverständlich nicht mit Parteien zusammengehen, die das Mittel staatspolitischer Beeinflussung ablehnen und sogar verhindern wollen, daß der politische Einfluß der Arbeiterschaft zur Auswirkung kommen kann. Wir werden sicher wegen unseres neuen Programms verdächtigt werden, weil wir angeblich eine Arbeitsgemeinschaft mit der kapitalistischen Klasse eingehen. Jawohl, wir rücken dieser Klasse näher. Aber wir rücken an sie heran, so wie eine Heeresmacht aus der Steppe an die Front geht. Wir sind es müde geworden, gegen den Kapitalismus zu demonstrieren, wir wollen aktiv arbeiten, wo immer wirtschaftlich gestaktet wird! Demonstrationen nur um der Demonstrationen willen sind keine revolutionäre Tat. Das hat sich wohl niemals besser gezeigt als bei der gestrigen Kundgebung auf dem Rathausmarkt, wo auf der einen Seite die geschlossene Masse vorwärtstreibender Arbeiter stand, während auf der andern Seite ein Häuflein ihren ganzen politischen Willen mit „Nieder! Nieder!“ rufen fundat. Wir dürfen darauf vertrauen, daß letzten Endes sich der reale Sinn der Arbeiterschaft durchsetzen wird, und daß sich dieser zur aufbauenden Macht bekennet, aber die niederbreitende Macht ablehnen wird!

Diese Abreibung kommunistischer Theorie und Taktik mit gleichzeitiger Hervorhebung praktischer Gewerkschaftsaufgaben in Gegenwart und Zukunft wurde von dem Kongreß mit stürmischem Beifall unterstrichen. Dem Referenten selbst blieben aus der gesamten Aussprache nur noch wenige Punkte für sein Schlüsselwort übrig. Von allgemeinem Interesse dürfte nur seine Feststellung sein, daß es ein Fehler wäre, den Betriebsräten neben ihren wichtigen Funktionen innerhalb der Betriebe auch noch solche aufzuerlegen, die auf die Führung der Wirtschaft über den Betrieb hinausreichen. Da die Betriebsräte in der Hauptsache an den einzelnen Betrieb gebunden sind, könnte die Übertragung weiterer wirtschaftlicher Vertretungen sehr leicht zu einer Verdrängung führen, der die Interessen der Arbeiterschaft nicht förderlich wäre. Die Betriebsräte haben genug und wichtige Funktionen bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben. Die Führung der Betriebe selbst wird dagegen immer mehr über den Betrieb hinaus in die Wirtschaftsorganisation verlegt, und hier hören die rechtlichen und organisatorischen Befugnisse der Betriebsvertretungen auf und beginnen, soweit die allgemeinen Arbeiterinteressen in Frage kommen, die Rechte und Pflichten der Gewerkschaften. Auch Hinweis auf Artikel 165 der Reichsverfassung genügen für die Demokratisierung der Wirtschaft nicht. Denn alle Verfassungen sind immer nur der Ausdruck gewisser Machtverhältnisse. Infolgedessen habe sich auch in unseren Forderungen bezüglich der Errichtung von

Bezirkswirtschaftsräten noch nichts geändert; wir fordern sie immer noch. Besonders Gewicht müssen wir aber zunächst noch auf die Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen (Industrie-, Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern) legen. Alle diese Einrichtungen sind ihres einseitigen Unternehmerrcharakters zu entkleiden. Die Erkenntnis der wirtschaftlichen Tatsachen ist das Wichtigste. Das Entscheidende ist die Arbeit, die im einzelnen geleistet wird, an allen Ecken und Enden, und zwar immer im Hinblick auf das große Endziel.

Hierauf wurde folgende Entschließung, die vom Bundesvorstand und Bundesauschuß vorgeschlagen war, gegen drei Stimmen angenommen:

Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie

Ausgehend von der Erkenntnis, daß das Wohl der Arbeiterklasse neben dem ununterbrochen im Vordergrund der gewerkschaftlichen Aufgaben stehenden Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entscheidend abhängig ist von der Umwandlung des Wirtschaftssystems, erhebt der 13. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands von neuem die Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft.

Die Gewerkschaften erblicken, wie es der Nürnberger Kongreß im Jahre 1919 schon erklärt hat, im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus. Diesen Weg deutlich zu zeigen und die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung auf diesen Weg zu führen, ist eine Aufgabe, die in erster Linie den Gewerkschaften zufällt. Nicht als fernes Zukunftsziel, sondern als täglich fortschreitender Entwicklungsprozeß stellt sich die Umwandlung des Wirtschaftssystems dar. In diesem Entwicklungsprozeß sind der organisierten Arbeiterschaft vielfältige Einzelaufgaben erwachsen.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt schrittweise mit der immer deutlicher sichtbaren Strukturwandlung des Kapitalismus. Deutlich führt die Entwicklung vom kapitalistischen Einzelbetrieb zum organisierten Monopolkapitalismus. Damit wurden auch die Gegenkräfte der organisierten Arbeiterschaft und der politisch-demokratisch organisierten Gesellschaft gewedt. Der Gegensatz gegen die wirtschaftliche Autokratie des Unternehmertums ist bisher schon nicht erfolglos geblieben. Lebenswichtige Zweige der Wirtschaft werden bereits in der kapitalistischen Gegenwart in steigendem Maße von der privaten in die öffentliche Hand überführt. Die Arbeitsbedingungen hängen nicht mehr allein von der Freiheit des Marktes ab, die für den Arbeiter schimmliche Unfreiheit bedeutet. Sie werden durch die Tätigkeit der Gewerkschaften, die der demokratische Staat gegen die Freiheit der Ausbeutung erlassen muß. Auch eine Umwandlung des Eigentumsrechts ist in ihren Anfängen sichtbar.

Diese Anfänge der Neuordnung erleichtern es der Arbeiterklasse, die Demokratisierung der Wirtschaft weiterhin in schnellerem Tempo zu fördern. Auf zwei Wegen ist die Kraft der Gewerkschaften hierfür einzusetzen. Auf der einen Seite stehen die Forderungen an die Gesetzgebung und die öffentliche Verwaltung. Sie werden sich in dem Maße durchsetzen, als die Gewerkschaften und die politische Macht der Arbeiterschaft im demokratischen Staat sich Geltung und Einfluß erringen. Auf der andern Seite stehen die Aufgaben des Aufbaues neuer demokratischer Wirtschaftsformen, die unmittelbar von der organisierten Arbeiterschaft selbst, ohne den Umweg über den Staat, zu erfüllen sind.

Zu diesen Aufgaben und Forderungen gehören die Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsrechts, des sozialen Arbeitsrechts, der Ausbau und die Selbstverwaltung

der Sozialversicherung, die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer im Betrieb, die paritätische Vertretung der Arbeiterschaft in allen wirtschaftspolitischen Körperlichkeiten, die Kontrolle der Monopole und Kartelle unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften, die Zusammenfassung von Industrien zu Selbstverwaltungsorganen, die Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Hand, die Produktionsförderung der Landwirtschaft durch genossenschaftliche Zusammenfassung und Fachschulung, die Entwicklung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, die Förderung der Konsumgenossenschaften, die Durchbrechung des Bildungsmonopols.

Die Durchführung dieser Aufgaben wird nicht nur die geistigen und materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbessern, sie wird gleichzeitig durch die Befreiung der Wirtschaft vom privaten Profitstreben die Lebensbedingungen der Gesamtheit auf eine höhere Stufe heben.

Dieser Kampf für eine neue Wirtschaftsordnung wird um so erfolgreicher geführt werden können, je geschlossener die Arbeiterklasse zusammenhält, je enger sie sich für die Erreichung ihrer Ziele einsetzt. Den Rahmen für diesen Befreiungskampf bilden die Verbände, unter deren Banner die Arbeiterschaft schon bisher von Erfolg zu Erfolg geschritten ist, bilden die von der Arbeiterschaft für die Arbeiterschaft geschaffenen Gewerkschaften.

Ferner wurden noch zwei weitere Entschließungen, ebenfalls gegen drei Stimmen, angenommen. Die erste bringt zum Ausdruck, daß in den gewerkschaftlichen Eigenbetrieben und in der Genossenschaftsbewegung Wege zur aktiven Demokratisierung des heutigen Wirtschaftssystems und einer der Schritte zur praktischen Durchführung des Sozialismus erblickt werden. Mit Befriedigung hat der Kongreß von der weiteren erfreulichen Aufwärtsentwicklung der gewerkschaftlichen Betriebe Kenntnis genommen. Der Gewerkschaftskongreß erwartet von den Gewerkschaftsverbänden, Mitgliedern und Funktionären, daß sie die gewerkschaftlichen Eigenbetriebe in Anspruch nehmen und mit aller Kraft den weiteren Aufstieg und das Ansehen der gewerkschaftlichen Betriebe fördern. Die zweite Entschließung betrifft die auf Beschluß des 11. Kongresses errichtete Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten und besagt folgendes: Der 13. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands nimmt mit Freude von der bisherigen günstigen Entwicklung der auf Beschluß des 11. Kongresses errichteten Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.G., Kenntnis. Er wiederholt und bekräftigt den Beschluß des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, nach dem eine Förderung der gewerkschaftlichen Interessen durch die Bank des Arbeiters, Angestellten und Beamten, A.G., als Selbstbeständiges festzustellen und allen Gewerkschaftsverbänden, deren örtlichen Verwaltungen, sowie Einzelmitgliedern empfohlen wird, die Einrichtungen der Bank zu benutzen. Die bisherige Tätigkeit der Bank hat gezeigt, daß sie ein durchaus brauchbares Instrument der Gewerkschaften auf den Wegen zur Erreichung der Gemeinwirtschaft darstellt. Der Kongreß erwartet, daß die beschrittenen Wege zu diesem Ziele in der bisherigen Weise weiter verfolgt werden.

Nach Erledigung dieses Punktes wurde mit Rücksicht auf die für den nächsten Tag möglich gewordene Teilnahme des Reichsinnenministers Severing an den Verhandlungen des Kongresses, der für dessen Ressort besonders wichtige vierte Punkt der Tagesordnung, „Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften“, zurück-

Main, Neckar, Rhein

Eine Ferienfahrt der Leipziger Buchdrucker

Reisen bildet, es erweitert den Gesichtskreis und bringt die Menschen einander näher, das gegenseitige Kennen- und Verstehenlernen damit erleichternd und fördernd. Deshalb ist es durchaus begriffenswert, daß jene Vereinigungen, die die Fortbildung der Arbeiterschaft sich zur Aufgabe machen, auch die Veranlassung von Ferienreisen in ihren Arbeitsplan aufgenommen haben, denn mit der Durchführung dieser Reisen ist eine Gewähr gegeben, daß die schwer erkämpften Ferien so angewendet werden, daß Körper und Geist einen wertvollen Gewinn davon haben, außerdem aber können die von den Verkehrsanstalten größeren Gesellschaften gewährten Vergünstigungen so ausgenutzt werden, daß sie auch den reisenden Arbeitern zugute kommen. Von diesen Gesichtspunkten war auch die Ferienreise geleitet, die der Bildungsausschuß des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergesellen in Verbindung mit dem Arbeiterbildungsinstitut Leipzig in den Tagen vom 1. bis 8. September unternahm und die in das Rhein-, Mosel- und Ahrtal führte, Main und Neckar berührte und in einem Besuch der „Pfeife“ ihren Abschluß fand. Ungefähr 700 Teilnehmer, davon etwa die Hälfte Buchdrucker mit ihren Angehörigen, hatten sich am Leipziger Hauptbahnhof eingefunden, und neben Leipzig, das naturgemäß den Hauptteil stellte, waren Kollegen aus Berlin, Schlefien, der Ostmark, dem Vogtlande und dem übrigen Sächsen gekommen. Die Gruppenaufteilung und Verteilung in den Sonderzug ging reibungslos vor sich, planmäßig erfolgte die Abfahrt. In Erfurt kurze Rast, um die Thürin-

ger Kollegen, die sich unter Führung ihres früheren Gauvorstehers Julius Palm eingefunden hatten, aufzunehmen, und dann jagte der Zug ohne Pause seinem fernen Ziele zu.

Erster Tag

Im Morgengrauen nach kalter Nacht (Mitteldeutschland bezeichnete den ersten Nachtfrost) ist Frankfurt a. M. erreicht. Die Gruppenorganisation klappt, die Führer lassen ihre Gruppen zusammen und führen sie in die Quartiere, und nach der notwendigen inneren und äußeren Erwärmung beginnt bereits die „Arbeit“. Im Gewerkschaftshaus erfolgt die Begrüßung durch den Vorsitzenden des Ortsausschusses des ADGB. Wir erfahren, daß wir uns auf historischem Boden der Arbeiterbewegung befinden, daß unsere großen Führer hier gewirkt, und werden daran erinnert, daß die Paulsstraße den ersten Marstein bildet auf dem Wege zur Freiheit des deutschen Volkes. Dann führt uns Professor Jüssen in knappen, von köstlichem Humor gewürzten Ausführungen in die Geschichte der Frankfurter Altstadt ein, damit eine gute Überleitung schaffend zu den anschließenden Ortsbesichtigungen, die unter Führung orts- und sachkundiger Freunde erfolgte. Welche Fülle von geistiger mittelalterlicher Handwerkskunst, von prächtigen, altersgebäurten Fachwerkbauten, von stillen, vertäuteten Winkeln im Stille Spitzweg, an denen das Hasten der Handelsmetropole einfließen vorbeigeslutet, wurde uns durch die sachverständige Führung offenbar, und wie überwältigend wirkte von den Mainbänken aus der Blick auf das impolante Stadtbild mit seinen gewaltigen, himmelanstrebenden Türmen, seinen in gerühmter Behaglichkeit wuchtig lastenden Patrizierhäusern! Und dem-

gegenüber jene engen, licht- und luftlosen Gäßchen, deren roter Flaggenschmuck bekundete, daß sich dort im Zeichen des Wohnungsmangels das Proletariat ballt und nach Licht und Freiheit ringt.

Der Nachmittag brachte zwanglose Besichtigung der schönen Umgebung; der Abend führte die Teilnehmer wieder zu einer kleinen Feier im Gewerkschaftshaus zusammen, Frankfurts Kollegenhaft war leider nur spärlich vertreten (Kundige sagen, das sei dort immer so), dafür waren zwei Künstler vom Stadtheater gewonnen, und wenn auch durch die Fülle der Eindrücke die geistige Aufmerksamkeit der Reiseteilnehmer merklich herabgemindert war, so vermochte es doch der prächtige Humor, in den Hanne Wall ihre im Frankfurter Lokalkolorit gefärbten Darbietungen zu kleben, wußte, die Gester noch einige Zeit frisch zu erhalten. Namens der Reisefreizeit dankte Kollege Römer (Leipzig) den Frankfurter Kollegen für die während des ganzen Tages bewiesene Aufopferung.

Zweiter Tag

Autofahrt auf der Bergstraße! Diese Fahrt in frischer Morgenluft auf der von prächtigem Hochwald umfäumten, staubfreien Straße war ein Genuß, den niemand von den Reiseteilnehmern missen mochte. Eine kurze Rast beim Glase Wein im Bergwirtschhaus zu Bensheim bringt willkommenen Abwechslung, Ausblicke auf die Höhen des Oberrheins beleben die Landschaft, und schon ist im bunten Wechsel des Landschaften der Neckarstrand und mit ihm Heidelberg erreicht. Im Gewerkschaftshaus ist gute Unterkunft und Verpflegung vorgesehen.

gestellt und dafür zur Erledigung des fünften Punktes, „**Ver-einlichung und Selbstver-waltung in den Einrichtungen der sozialen Gesehgebung**“, geschritten. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Hermann Müller erstattete dazu das Referat. Er begründete in sehr sachlichen und ausführlichen Darlegungen folgende Entschliessung des Bundesvorstandes und des Bundesauschusses:

Der 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erneuert die Beschlüsse der früheren Kongresse, die auf Ver-einlichung und Vereinfachung der Sozialgesetzgebung hinzielten. Er fordert mit allem Nachdruck, daß die Reichs-regierung endlich beginnt, der nur geschichtlich zu erklärenden Zersplitterung und der damit verbundenen Verschwendung an Zeit und Mitteln in der Sozialversicherung ein Ende zu machen.

Nicht die Vereinfachung, sondern die Zersplitterung hat in der Sozialversicherung in den letzten Jahren Fortschritte gemacht. Noch immer wird unter Verkennung der großen gemeinschaftlichen Aufgaben Sonderwünschen der Unter-nehmer Rechnung getragen, wofür die Neuerichtung von Juniorsperrankassen nur ein Beispiel ist.

Der Kongress fordert territorial aufgebauter Versicherungsträger, die, mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, alle Zweige der Versicherung erfassen. Bei ihrer Errichtung ist Rücksicht zu nehmen auf Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger und leichteste Erreichbarkeit durch die Versicherten. Beides ist zu erreichen durch die Ausdehnung auf große Gebiete, die entsprechend bezirklich oder örtlich zu gliedern sind. In Versicherungsträger selbst sind den Aufgaben entsprechende Unterabteilungen zu schaffen.

Die Reichsversicherung verspricht den Versicherten maßgebenden Einfluß bei den Versicherungsträgern. Sie wird damit sowohl dem Zweck der Versicherungen gerecht als auch dem Umstand, daß die Versicherung getragen wird von den Beiträgen der Arbeitnehmer; denn auch die Beiträge der Arbeitgeber stammen aus dem Arbeitsertrag der Versicherten. Der Kongress fordert daher erneut Befreiung von der Vormundhaft der Arbeitgeber und der behördlichen Bürokratie. Die Versicherten haben ein Recht auf die Selbstverwaltung.

Einer gründlichen Umgestaltung bedarf auch die Gewer-beaufsicht. Auch diese ist zu vereinfachen. Sie ist, obgleich auf der Reichsgewerbeordnung aufgebaut, heute Sache der Länder. Der Einfluß des Reiches, das der Träger der gesamten sozialen Gesetzgebung ist, ist dabei verschwindend gering. So entfällt von selbst die Forderung nach der Übernahme der Arbeitsaufsicht durch das Reich, die der Kongress nachdrücklich als seine Forderung erhebt.

Bei den erforderlichen Reformen ist, der Entwicklung folgend, die auf andern Gebieten des sozialen Rechts sich Bahn gebrochen hat, auf die kollektive Mitwirkung der wirtschaftlichen Vereinigung der größte Wert zu legen. Sie sind die Träger des Gesamtwillens.

Der Kongress hält die Regelung der Sozialversicherung und der Arbeitsaufsicht für besonders dringlich. Unberührt bleibt daneben die Forderung nach Schaffung von einheitlichen Arbeitsbehörden bestehen. Auf dieses Ziel ist hinzu-zuarbeiten auch bei den vom Kongress geforderten Reformen.

Des weiteren wurden nach verhältnismäßig kurzer Aussprache, die zur Annahme vorstehender Entschliessung mit allen gegen eine Stimme führte, noch folgende Anträge angenommen: Ein Antrag der Fabrikarbeiter, wonach die Herabsetzung der Alters-grenze in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre anzustreben ist. Ein Antrag der Dachdecker, in dem gegen die leichtfertige Art der Genehmigung von Innungs- und Betriebskrankenkassen Stellung genommen und von den maßgebenden Ministerien ver-langt wird, daß sie in dieser Frage Zurückhaltung üben. Weitere Anträge, die an sich die Zustimmung der Antragskommission gefunden haben, aber zu sehr in die Einzelheiten gehen, wurden dem Bundes-

vorstand als Material überwiesen, so unter andern Anträge auf Ausbau der Witwenrente, wie über-haupt Anträge auf Verbesserung der Rentenlage. Ein Antrag der Fabrikarbeiter auf enger Zusammen-arbeiten von Bundesvorstand und Verbänden in Fragen der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts wurde dem Bundesvorstand zur besonderen Beachtung empfohlen.

Damit wollen wir unsre Berichterstattung für die vorliegende Nummer abbrechen. Denn sowohl das noch zu behandelnde Referat über die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften, das in seinen Grundzügen den ganzen geistigen Unterbau unsrer Gewerkschafts-bewegung umfaßt, verdient noch eingehendere Würdigung, wie auch die noch in Frage kommenden weiteren Debatten und Beschlüsse des Kongresses nicht nur mit wenigen Sätzen behandeln werden können, wenn die Verhandlungen und Ergebnisse des diesmaligen Gewerkschaftskongresses so verstanden und gewürdigt werden sollen, wie sie dies im Interesse der gesamten Arbeiterschaft verdienen. Wir hoffen damit in einem dritten und letzten Artikel in nächster Nummer zu Rande zu kommen. (Schluß folg.)

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats.

Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats ausgegebene Bestellungen.

Die Bedeutung des englischen Gewerkschaftskongresses

Englische Gewerkschaftskongresse unterscheiden sich von den deutschen im wesentlichen dadurch, daß die Tagesordnung keine nach einheitlichen Grundfragen aufgestellten Richtlinien kennt, wodurch die getroffenen Entscheidungen nicht immer den wohlburchdachten Gesamtwillen der Bewegung wiederbilden. Die Tagesordnung setzt sich außer dem Geschäftswort, der an dieser Stelle bereits kurz besprochen wurde, hauptsächlich aus den Anträgen der Organisationen zusammen, und der Kongress läßt dann, so gut es geht, durch die Geschäftsordnungs-kommission „den Weizen vom“ der Spreu aussühen. Diese sehr schwerfällige Art des Geschäftsführung eines großen, 4 Millionen Mitglieder umfassenden Kongresses erweist sich mehr und mehr als ein Alibi, und man ist ernstlich bemüht, sich aus dem Dilemma herauszuwinden. Schon zeigte der eben zu Ende gegangene Kongress einen bedeutenden Fortschritt seinen Vorgängern gegenüber. Mehr und mehr arbeitet sich der Generatrat zum Führer der Gesamtbewegung empor, ein Bestreben, das allseitig begrüßt wird. Seit Jahren rufen die weitestgehenden Führer der großen Organisationen nach einem Kopf. Es kann nicht gelugnet werden, daß in den letzten Jahren die kommunistischen Drahtzieher aus dieser mangelhaften Organisation Nutzen zogen. Sogar kam, der romanhafte Sekretär der Bergarbeiterföderation verstand es, den Anschein zu erwecken, als seien die Bergarbeiter-organisationen Vorstufen zur Annäherung an die bol-

schewistische Idee. Hier hat der Kongress das Werk vollendet, das er im vorigen Jahre begann: Er verschärfte den Trennungsstrich zwischen sich und der kommunistischen Phrasologie.

Die wichtigsten Verhandlungsgegenstände betrafen, wie schon früher mitgeteilt, die Organisationsfrage und die Mond-Turner Besprechungen.

Die Organisationsfrage ist und bleibt ein delikates Problem, und hier wird der Kongress noch gar manche harte Nuß zu knaden haben. Dieses Problem ist auch durchaus nicht neu. Schon vor dem Kriege fand hier der von Tom Mann geführte spezifische englische Syndikalismus einen guten Nährboden mit der Parole des „industriellen Unionismus“, worunter man tatsächlich die Schaffung von Industrieverbänden nach deutschem Muster verstand. In den letzten Jahren wiederum entstand die Idee „für jede Industrie ein Verband“, ein Gedanke, der besonders von den Verbänden der ungelerten Arbeiter propagiert wird. Während nun der Generatrat sich auf diesem Kongress weder nach der einen oder andern Seite festlegen wollte, beschloß der Kongress auf Antrag der großen Organisation der Metallarbeiter, durch Schaffung eines vom Generatrat zu ernennenden Ausschusses einen Plan auszuarbeiten zu lassen, der die Vereinfachung der Bewegung zum Ziele haben soll. Es bleibt allerdings abzuwarten, wie dieser Ausschuß zu Werke gehen wird und ob es ihm gelingt, einen brauchbaren Plan auszuarbeiten.

Bemerkenswert sind die Antworten der Verbände im Druckereigewerbe auf die vom Generatrat gestellten Fragen: Alle diese Verbände sind Gegner der Verschmelzung und halten die Föderierung auf bestehender Grundlage für recht zufriedenstellend. Bei den Verbänden der andern Industrien herrscht durchaus keine Klarheit darüber, nach welchem System die so notwendige Reorganisation vor-statten gehen soll. Vielfach ist die Ansicht verbreitet, die Schaffung von zu großen Verbänden bringe gewisse Gefahren in sich, andre wieder glauben, die Schaffung von Industrie-verbänden sehe eine Zerreißung größerer bestehender Organisationen voraus.

Im allgemeinen war der Kongress der Sammlung gewidmet. Man suchte nach Mitteln und Wegen, um der Sack-gasse zu entkommen, in die man durch eine überspannte Phrasologie der letzten Jahre hineingeraten ist. So gab es auch Sensationen, vor allem bei der Beratung des Punktes über die bekannten Mond-Turner-Besprechungen. Eine äußerst peinliche Situation entstand, als der Bergarbeiter-führer Cook von seinen eignen Vorfaßnissen desavou-iert wurde. Cook hat in einer Reihe von Broschüren die Gewerkschaftsführer des Berrats beäugelt, die sich mit dem „Arbeitsgemeinschaftsschwund“ eingelassen haben. Nun aber sagte er auf dem Kongress: „Wie immer ich auch die Gewerkschaftsführer einschätze, so steht doch fest, die Männer des Generatrates sind gerade so gut wie ich bemüht, das Beste zu tun für die Mitglieder, die sie vertreten.“ Diese Erklärung kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Die Delegierten trauten ihren eignen Ohren nicht. Nach diesen Sätzen verurteilte Cook die „Arbeitsgemeinschaftsgedanken“ aufs Schärfste. Die zweite Sensation kam, als Herbert Smith, Vorsitzender der Föderation, sofort nach Cook das Rednerpult bestieg und erklärte: „Als Vorsitzender der Bergarbeiterföderation bin ich beauftragt, auf diesem Punkt zu sprechen. Meine Organisation hat beschloßen, sich mit ganzem Herzen hinter die Vorschläge des Generatrates zu stellen. Cook hat nur seine persönliche Meinung hier vertreten, die im scharfen Widerspruch mit der Politik der Föderation steht. Alle werden über die Befehle Cooks enttäuscht sein, aus seinem Munde haben wir es nun ver-nommen, daß die Gewerkschaftsführer nur das Beste wollen und keine Verräter an der Arbeiterschaft sind.“ Walter Citrine, Sekretär des Generatrates hielt eine glänzende

Und dann folgt eine erste Weißstunde. In stillem Zuge, an dessen Spitze ein Kranz mit den Buchdruckerfarben getragen wird, geht es dem idyllisch gelegenen Bergfriedhof zu, der das Grab Friedrich Eberts birgt. Mit ersten, eindringlichen Worten begabte Kollege Kömer am Grabe des ersten Reichspräsidenten der Verdienste Friedrich Eberts um die deutsche Republik, um den Aufstieg der Arbeiterschaft, um die Freiheit des Volkes, feierte die stete Treue, Hingebung und Opferfreudigkeit, die Ebert bis zu seinem Tode befehlte. „Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel“, diese in Eberts Grabstein eingemeißelten Worte kennzeichnen sein Wirken für die Interessen des Staates und der Allgemeinheit. Nichts Schöneres und Edleres gibt es, als sein Leben einzustellen auf die Sorge für andre. Alles für andre, nichts für mich, nach diesem Grundfah hat er gehandelt und damit sich ein ehrendes Gedächtnis für alle Zeit gesichert. Unvergesslich wird uns bleiben das Wirken Eberts für die Arbeiterbewegung, für die Republik, unvergesslich jener Augenblick, als er den heimkehrenden Truppen ein Deutschland der politischen Freiheit in Aus-sicht stellen konnte. Die Freiheit auch weiter mit ausbauen zu helfen, die Republik zu schützen und zu verteidigen bis zum letzten Atemzuge, das wollen wir am Grabe Friedrich Eberts geloben. Ernst und ergriffen verließ die Schar nach Niederlegung des Kranzes die jedem deutschen Arbeiter geheiligte Stätte.

Unter freundschaftlicher Führung wurde dann die Stadt, ihre schöne Umgebung und die Schloßruine besichtigt und dabei auch der Geburtsstätte Friedrich Eberts ein Besuch ab-gestattet. Am Abend erfolgte dann eine Teilung, die Abi-Freunde blieben in Heideberg, die Buchdrucker aber folgten

einer Einladung der Mannheimer Kollegen zu einem ge-meinschaftlichen Unterhaltungsabend. Lobend soll an-erkannt werden, daß die Mannheimer Kollegen alles aufgeboten hatten, diesem eindrucksvollen Tag einen schönen, harmonischen Abschluß zu geben.

Dritter Tag

Zwei Tage sind für die Rheinfahrt bestimmt, der erste führt von Mannheim bis Mainz für die Buchdrucker, von Heideberg bis Bingen für die Abi-Teilnehmer. Freudig bewegtes Leben herrscht auf dem großen Dampfer, der volle Ausschiff auf die rebenbewachsenen Rheinberge ermög-licht. In Nierstein kommt eine angenehme Unterbrechung: Auf Veranlassung eines dortigen Kollegen hat der Verein zur Wahrung der Interessen Niersteins zu einer kleinen Weinprobe eingeladen, der gern Folge geleistet wird. Nach Begrüßung durch Bürgermeister Dr. Wollmer werden drei Proben des prächtigen Niersteiner Gewässers kredenzt und dazu wird von freundschaftlicher Hand ein kleines Frühstück gereicht. Nur zu kurz ist leider der Aufenthalt in dem im hellsten Sonnenglanze blinkenden weinfrohen Orte be-messen, aber die besten Erinnerungen hat Nierstein in jedem Reiseteilnehmer zurückgelassen.

Für das goldene Mainz, die alte Buchdruckerstadt, ist ein längerer Aufenthalt vorgesehen. Liebenswürdig haben sich auch hier die Kollegen zur Verfügung gestellt, um alles Sehenswerte zu zeigen, in erster Linie das Denkmal Gutenbergs. Ausflüge in die Umgegend, nach Wiesbaden, Müdesheim, zum Niederwalddenkmal usw., wurden unter-nommen, der Abend aber vereinigt uns wieder mit den Mainzer Kollegen, wobei unter Mitwirkung des Gesang-

vereins „Gutenberg“ und der Lehrlingskapelle ein recht stimmungsvoller kollegialer Abend verlebte wurde. Bes-onders Kollege Conradi sprach hierbei goldene Worte, die in den Herzen der Hörer noch lange fortleben werden.

Vierter Tag

Den schönsten Teil des Rheintals birgt die Strecke von Mainz bis Koblenz in sich — Schönheiten, die nicht in dürren Worten geschildert werden können, die empfunden werden müssen. Die sanftgeschwungenen Linien der im saftigen Grün prangenden Weinberge, unterbrochen von schroffen Steilhängen, von deren Höhen die altersgrauen Kette der Ritterburgen trübig und wechsfalt ins Land schauen, dazu hingestreckte die freundlichen Dörfer und Städtchen, deren Fenster im Sonnengold blitzen wie die hellen Augen der weinfrohen Bevölkerung, und dazu im ewigen Gleichmaß das Wallen und Wogen des majestätischen deutschen Stromes — das sind Eindrücke, die im Herzen jedes denkenden und empfindenden Menschen unverwischbar bleiben müssen. — Biel zu schnell ist Koblenz erreicht. Auch dort Führung, Verpflegung, Unterkunft ein-wandfrei. Am Nachmittag Treffen auf dem Ritterfutz, einem hoch über den Rhein sich erhebenden sagenumwobenen Steilhang, der einen unvergesslichen Blick über das Rhein-land gewährt. Dort Begrüßung durch den Bürgermeister und kleiner Vortrag von berufener Seite über das Eisfel-gebiet, dessen Durchquerung für morgen in Aussicht steht. Wir erfahren etwas über die Kupfererzformation, die Entstehung der Mare und Moränen, über Klima und Flora der Eisfel. So vorbereitet, wird der Tag zeitig ge-schloßen.

Rebe für die eingeschlagene Politik. Er verglich die jetzige Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung mit der industriellen Revolution, die über England in 1770 hereinbrach und das kapitalistische Zeitalter einleitete. Als der Kapitalismus die Welterschafft antrat, gab es keine Arbeiterorganisationen, keinen gesetzlichen Schutz für die Arbeiter. Hilflos war die Arbeiterklasse der brutalen Profitgier des Kapitals preisgegeben. Kinderarbeit im gräuelichsten Lebensalter war an der Tagesordnung, die Arbeitszeit endlos und betrug bis zu 14 Stunden. Die Arbeiter waren Lohnsklaven in des Wortes wahrster Bedeutung. Die Rationalisierung kann mit dem Beginn dieser Periode, die die Dampfmaschine brachte, verglichen werden, meinte Citrine, und gerade so gut wie es unmöglich war, die Einführung der Maschine zu verhindern, so ist es heute unmöglich, die Rationalisierung zu hintertreiben. Was ist da zu tun? Sollen die Gewerkschaften die Hände in den Schoß legen? Nein! Wir haben die Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Produktion erhoben und sind entschlossen, durch unsere Politik das gesteckte Ziel zu verwirklichen.

Bedeutungsvoll waren auch die Worte von Cignes, des alten erfahrenen Gewerkschaftsführers, der mit Recht sagte: Der Kapitalismus könne mit Schlagworten nicht totgeschlagen werden, das Gefasel von Verrat sei mehr als Unfug, denn was sei verraten worden? Die volle Anerkennung der Gewerkschaften ist bereits errungen und wir sind auch nicht gewillt, unsere Grundzüge preiszugeben.

Schließlich wurde der Bericht des Generalkrats mit überwältigender Mehrheit angenommen. Das Abstimmungsergebnis lautet: Für den Bericht des Generalkrats 3 075 000 Stimmen, dagegen nur 500 000 Stimmen.

Die Stellung der Verbände zur „Zellenbildung“, der unter kommunikativer Leitung stehenden Minoritätsbewegung, wurde eingehend besprochen. Eine Entschließung verlangt vom Generalkrat, die Ernennung eines Ausschusses zur Untersuchung der gewerkschaftsähnlichen Wählarbeit dieser Elemente“. Die meisten Redner gaben der Meinung Ausdruck, der große zu verzehrenden Mitgliederverlust sei der Tätigkeit der Zellenarbeit zuzuschreiben. Die Entschließung wurde per Akklamation angenommen, was einen demonstrativen Beifallssturm auslöste.

Mit überaus großer Mehrheit wurde ein Antrag abgelehnt, der die Einberufung eines Weltkongresses verlangt, zu dem außer den russischen Gewerkschaften alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund nicht angeschlossenen Verbände einzuladen sind. Das Abstimmungsergebnis lautet: dafür 439 000, dagegen 2 438 000 der vertretenen Stimmen. Wichtige Abstimmungen erfolgen nach dem „Rartenystem“, auf 1000 Mitglieder kommt eine Stimme.

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen im englischen Gewerkschaftsleben ist der seit 1920 zu verzeichnende katastrophale Mitgliederverlust. Die Mitgliederzahl sank von 6 120 000 auf etwa 4 Millionen in diesem Jahre, so daß also die deutsche Gewerkschaftsbewegung heute auch numerisch stärker ist als die englische. Dieser Verlust an Mitgliedern ist um so auffällender, als doch England weber noch eine Inflations- noch Stabilisierungsperiode durchgemacht hat. Natürlich wäre es falsch, diesen bedauerlichen Rückgang einzig und allein auf das Konto der Minoritätsapostel zu legen. Hier müssen schon tieferliegende Gründe vorliegen, vielleicht liegt die Schuld zum Teil doch an der fürchtbaren Zersplitterung der Bewegung, die jede nützbringende Aufbauarbeit im Keime erstikt. Es fehlt an konstruktiven Gedanken. Es ist zu wünschen, daß der Generalkrat die ganze Bewegung mit neuem Geist befeuert, daß er den Willen hierzu hat, dafür legt vor allem der in diesem Jahre dem Kongress vorgelegte Geschäftsbericht beredtes Zeugnis ab.

W. W.

Moderne Wirtschaftspragen Probleme des Monopolkapitalismus

Die freie Wirtschaft gehört zum größten Teil der Geschichte an. Neue Formen sind aus ihrem Schoß entsprossen und geben gegenwärtig dem Wirtschaftsleben ihr Gepräge. Auch die Schüler und Anhänger des Liberalismus können den Strukturwandel der Wirtschaft nicht mehr mit ihrer Ideenwelt in Einklang bringen. Sie sind darum gezwungen, ihre alten frühkapitalistischen Anschauungen abzulegen, soweit sie dazu genügend Mut und Umwandlungsfähigkeit aufbringen. Das Programm der liberalen Partei Englands und die Ausführungen Professor Schmaldenbachs legen von dieser Ideenwandlung beredtes Zeugnis ab. Hier, wie überall, bewahrheitet sich der Marzische Satz, daß das Sein das Bewußtsein der Menschen bestimmt. Wenn heute immer noch einige Männer der Wissenschaft, vor allem der schwedische Nationalökonom Cassel und sein Wiener Gefinnungsfreund Wieses, das Heil von einem vollkommenen liberalen Wirtschaftsgedanken erwarten, so sind sie mit ihren Ansichten in einen derartigen Widerspruch zur tatsächlichen ökonomischen Entwicklung geraten, daß es nur müßige Gedanken-spielerei wäre, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Die praktische Anwendung der liberalen Theorie würde in ihrer Konsequenz nicht nur die Auflösung der Wirtschaftsverbände, insbesondere der Monopolorganisationen bedeuten, sondern auch die Beseitigung der Gewerkschaften und aller sozialpolitischen Einrichtungen und Erzeugnisse, die Folge haben müssen. Erst wenn diese „Störungen“ des Wirtschaftsmechanismus überwunden wären, könnte eine freie, sich selbst regulierende Wirtschaft entstehen. Eine Unmöglichkeit, die wohl heute jeder Mensch, soweit er nicht gerade gedankenloser Nachbeter der liberalen Gedankenkonstruktionen ist, einsehen dürfte.

Wie so oft im Leben, wird auch hier aus der Not eine Tugend gemacht. Derselben Vertreter der hohen Wissenschaft, die noch vor wenigen Jahren das Lied von der freien Konkurrenz in allen seinen herrlichsten Tonarten aufspielten, preisen heute den Monopolkapitalismus, die „gebundene Wirtschaft“, als die Erlösung aus dem Joch der „freien Wirtschaft“. Aberall, wo die Vertreter der bürgerlichen Wirtschaft gezwungen sind, zu den Problemen des Monopolkapitalismus Stellung zu nehmen, begeistern sie sich für diese Anfänge einer Planwirtschaft.

In den nationalökonomischen Vorlesungen der Universitäten wurde bis vor kurzem von Planwirtschaft nur in Verbindung etwa mit Karl Marx gesprochen. Nachdem es sich herausgestellt hatte, daß er trotz allen Zoschweigens weiterlebte und man ihm darum gezwungenermaßen in das Panoptikum der Wissenschaft einverleiben mußte. Wie gefagt, heute ist das anders geworden. Die Wirtschaftswissenschaft beginnt zu sehen, Monopolkapitalismus sei gleich Planwirtschaft, und was will denn die Arbeiterschaft mehr? Sind damit nicht ihre Ziele erfüllt? Hat die Arbeiterschaft nicht jahrelang die freie Wirtschaft bekämpft mit der Begründung, daß eine Planwirtschaft produktiver arbeiten könne? Die Arbeiterschaft setze also mitten in einer Planwirtschaft und ihr großes Ziel sei damit erfüllt. Nicht so offen, aber prinzipiell mit gleichen Gedankengängen beginnen heute die Vertreter des Monopolkapitalismus zu polemisieren. Wenn wir aber genau hinhören, und uns einen Augenblick befinnen, finden wir, daß schon früher einmal ähnliches gesagt wurde. Wer erinnert sich nicht der Lobreden über die Aufstiegsmöglichkeiten, die der Arbeiter im freien Kapitalismus haben sollte. Stand es nicht jedem Arbeiter frei, Unternehmer zu werden, und hatte sich nicht der alte Krupp und noch viele andre vom kleinen Handwerker zum Großindustriellen emporgeschwungen? So lagte man noch vor 20 Jahren, und mancher indifferente Arbeiter flammte sich heute noch, wenn auch schon in Verbindung mit irgendeiner „epoche-

machenden“ Erfindung oder bei weniger Unternehmenden mit dem „großen Los“, an diese liberalen Hirngespinnste. Wie damals das Gerede von der freien Bahn für den Tüchtigen nur eine leere Geste zur Verteilung des bestehenden Wirtschaftssystems war, so ist heute die Begeisterung für die „Planwirtschaft“ des Monopolkapitalismus nur ein glühender Schein, mit dem die Augen der großen Massen geblendet werden sollen, damit sie all die Fehler und Auswüchse der Monopolorganisationen nicht schärfer kontrollieren sollen. Um den entgegenzutreten zu können, muß nachgewiesen werden, daß der Monopolkapitalismus mit Planwirtschaft in unserm Sinne nichts gemein hat. Gleichzeitig müssen die Wirkungen, die die Monopolorganisationen auf die Konjunktur und Preisgestaltung, desgleichen auf den Arbeitsmarkt ausüben, aufgezeigt werden. Vor allem muß bei dieser Untersuchung bedacht werden, daß noch nicht alle Industrien monopolistisch organisiert sind. Wenn sie auch geschlossen dem Konsumenten gegenüberstehen, so konkurrieren sie doch noch untereinander, das ist wirtschaftspolitisch selbstverständlich nicht bedeutungslos. Die Auswirkungen der Monopolorganisationen auf solche ungebundene Produktionen müssen darum ebenfalls betrachtet werden.

Fast alle Argumente, welche die Vertreter des Monopolkapitalismus ins Feld führen, lassen sich auf einen Nenner bringen: Ausschaltung der Konkurrenz und damit der Schwankungen von Angebot und Nachfrage, mit dem Ziel der Konjunkturabsicherung. Die Preise sollen dabei in Konjunktur- und Depressionszeiten immer gleich hoch bleiben. Ganz abgesehen davon, daß diese Darstellung, verglichen an der tatsächlichen Preispolitik der Monopole, graue Theorie ist, wollen wir einmal nachprüfen, ob denn eine derartige Preispolitik überhaupt möglich ist. Ständige Preise, das würde bedeuten, daß die Preise während der Konjunkturperiode tiefer und während der Depressionszeit höher sind als bei freier Konkurrenz. Auch wenn die Monopole während guten Geschäftsganges ihre Preise nicht steigern, dürfte es den Industrien freier Konkurrenz (darüber kommen vor allem die Konsummittelindustrien in Frage) nicht einfallen, die Preise zu senken. Die Konsummittelindustrien, die von den Monopolorganisationen mit Rohstoffen und Produktionsmitteln versorgt werden (Kohle, Maschinen), würden somit die Vorteile der Monopolorganisationen für sich in Anspruch nehmen. Andererseits würden aber die billigen Preise, zu denen die Monopole bei ständiger Preispolitik während der Konjunktur verkaufen müßten, eine derartig starke Nachfrage hervorrufen, daß es den Monopolindustrien nicht möglich wäre, der Nachfrage ein genügend starkes Angebot entgegenzustellen. Hemmung des Konjunkturverlaufs wäre die Folge einer solchen Politik. Genau umgekehrt wäre der Kurvenverlauf während der Depressionsperiode. Die Monopolorganisationen würden auch bei geschwächter Nachfrage die Preise der Konjunkturzeit beibehalten. Wären die Preise während der Konjunktur zu niedrig, so sind sie jetzt zu hoch. Die Industriezweige freier Konkurrenz könnten die Monopolkonumente nicht kaufen. Erst unter Mühen und Reibungen kann sich ein neuer Kapitalstock bilden und die Kraft zu erneutem Konjunkturaufschwung geben. Es zeigt sich also ganz klar, daß eine ständige Preispolitik der Monopole ohne eine bewußte, planwirtschaftliche Organisation der Gesamtproduktion ein Un Ding ist. Nicht Stabilisierung der Konjunktur, vielmehr Ausdehnung der Depressionszeit und Hemmung des Konjunkturverlaufs wäre die unabänderliche Folge einer derartigen Politik.

Wie beeinflusst nun tatsächlich das Vorhandensein von Monopolen die Konjunktur? Klarheit über diese Frage zu haben, ist für die Arbeiterschaft sehr wichtig, bedeutet doch für sie Konjunktur verminderte Arbeitslosigkeit und ansteigende Löhne, damit verbunden eine gehobene politische, insbesondere sozialpolitische Aktionsfähigkeit. Zweck des Monopols ist einzig und allein die Erzielung eines Preises,

Fünfter Tag

In 22 großen Verkehrs-Omnibussen verstant, wird die Fahrt molaufwärts angetreten. Gelegente Weinberge, bewaldete Höhen, feste, burgekrönte Felsen in bunter Folge. In dem in hohe Berge eingeklinkten, von drohender Burg überragten Kothem wird das Mofketa verlassen, und das Eisfeldgebiet beginnt. Mühsam erklimmen die Wagen die steilen Höhen, unwirtliche Gegend nimmt uns auf, eisig kalt bläst der Wind über die Hochmoorflächen, eigenartige runde Erdfenfälle, die Mare, werden passiert, französische Wandvertokommen müssen überholt werden, und freudig wird es begrüßt, als die Höhe überwunden ist und es in rascher Fahrt wieder talabwärts geht. Lebhafte Interesse erregt noch der Alrburgring, die mit großen Kosten angelegte Autorennstraße. Und dann kommt eine große Überraschung: Auf einer großen unbefestigten Wiese bei dem Dörflchen Mittelbach, von der altertümlichen Nürnberg überragt, hat die Produktivgenossenschaft Hofmann (Köln) den Tisch für ein Placid gebett. Jeder Fahrgastnehmer erhält ein warmes Frühstück, belegte Brote und eine halbe Flasche Wein. Infolge guter Organisation geht die Abfertigung rasch vor sich, und in kurzer Zeit entwickelt sich vor dem stillen Dörflchen ein ungemein lebhaftes Bild. Die Veranstalter dieses Intermezzos haben sich damit den Dank aller Beteiligten erworben. Die Weiterfahrt erfolgt durch das an landschaftlichen Schönheiten so überaus reiche Ahrtal zum Rhein und durch Bonn nach Köln.

Sechster Tag

Die beiden nächsten Tage sind im wesentlichen der Besichtigung Kölns und der „Pressa“ gewidmet. Köln mit

seinem Dom, dem Giltzenich, der Menge von Kirchen und monumentalen Profanbauten bietet eine Fülle von Kunstschätzen, so daß es schwer fällt, das Wichtigste und Schönste herauszufischen. Ebenso ist es mit der „Pressa“: auch dort eine Unmenge des Sehens- und Wissenswerten, die es notwendig macht, sich bei der Besichtigung auf das Allernotwendigste zu beschränken. Daß die „Pressa“ sich auf ein Gelände von 4 1/2 Kilometer Längenausdehnung erstreckt, macht die Auswahl der zu besuchenden Abteilungen nicht gerade leicht. Trotzdem hat wohl jeder Reiseteteilnehmer das ihn besonders Interessierende gefunden, und manches anerkennende Urteil konnte man am Abend vernehmen. Auch die Kölner Kollegen hatten einen Begrüßungsabend veranstaltet, bei dem sich nach den offiziellen Begrüßungsansprachen ein erst rheinischer Humor entwickelte. Wohl waren wir kühl und schwerbütigen Mittelbeutlingen der rheinischen Ausgelassenheit gegenüber zunächst etwas hilflos, aber bald war die Einführung vollzogen, und schließlich schaukelte der Saal mit der Kölnerin so lustig, als ob er es nicht anders gewohnt wäre.

Siebenter Tag und Heimkehr

Fortsetzung der Besichtigung Kölns und der „Pressa“. Am Nachmittag fährt bei glühender Hitze die Uferbahn alle Reiseteteilnehmer über Bonn nach dem Drachenfels, von wo aus noch ein letzter umfassender Rundblick auf das Rheintal und schließlich auch noch mander Tropfen des feurigen Drachenslutes genossen wurde. Schwer wurde der Abschied vom Rheintal und von Köln, aber mit dem schönen Motto: „Zah dir Zeit!“, das man uns in Heidelberg mit auf den Weg gegeben, war hier nichts getan, das eiserne Muß

zwang zur Rückkehr. Leider kam es auf dem Deutzer Bahnhof, während uns die „Pressa“ noch ihre letzten feurig-glühenden Abschiedsgrüße in Gestalt des Brillantfeuerwerks zuandte, zu einem unangenehmen Mißton: die Eisenbahnverwaltung hatte von unserm Sonderzug einige Wagen entfernt, so daß es nicht möglich war, alle Teilnehmer unterzubringen. In anerkennenswerter Disziplin trat eine geschlossene Gruppe zurück und ließ sich mit einem fahplahnmäßigen Zuge befördern. Von einigen Kleinigkeiten abgesehen, war das der einzige Mißton, der während der ganzen Reise laut wurde. Die Fahrt, für deren Organisation seitens der Buchdrucker die Leipziger Kollegen Willi Höber, Otto Böttcher und Karl Römer, für den Abi die Genossen Krayer und Jäger verantwortlich zeichneten, war in allen Teilen vorbildlich vorbereitet, so daß ein hemmungsloser Ablauf guttande kam. Bei der Beschiedenartigkeit in der Zusammenfassung der Reisegesellschaft — es waren zum Beispiel von unsern Senatoren Oskar Adermann und Julius Palm bis zu den eben erst Ausgetretenen alle Altersstufen vertreten — ist dieser glatte Verlauf der Reise ein Beweis für die gute Disziplin in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, und die Äußerungen von Bürgermeistern und Hotelbesitzern, die mit unser Gesellschaft in Verbindung kamen, bestätigten ausnahmslos diesen guten Eindruck. Nun ist die Reise zu Ende. Möge das viele Schöne, das sie uns gebracht, noch lange in jedem einzelnen nachklingen; möge aber auch der gute Verlauf manchen Kollegen, der den Bildungsbetreubenden bisher fernstand, zum Beitritt und zur tätigen Mitarbeit veranlassen. Das würde der beste Dank für die uneigennütige und unermüdete Reiseleitung sein! rd.

der höher ist als bei freier Konkurrenz. Die Mittel, die zur Erreichung des Ziels angewandt werden, können ganz verschiedenartig sein. Wenn das Monopol seinen Zweck erfüllen will, müssen entweder die Preise während der Konjunktur höher sein als bei freier Konkurrenz. Oder wenn sich aus marktpolitischen Gründen ein solcher Preis nicht durchsetzen läßt, muß die Preisgestaltung während der Depression so sein, daß sie einen höheren Gewinn als bei der Produktion unter freier Konkurrenz abwirft. Selbstverständlich können und werden in der Praxis beide Methoden miteinander kombiniert. Sollten aber beide Voraussetzungen in keinerlei Weise erfüllt sein, so fehlt dem Monopol die prinzipalpolitische Defensivberechtigung. Die fortwährenden Zusammenballungen in den verschiedensten Industriezweigen zeigen uns, daß diese Voraussetzungen der Monopolrentabilität gegenwärtig im weitesten Maße erfüllbar sind. Solche, wie wir gesehen haben, monopolnotwendige Preispolitik steigert wesentlich die Profitrate. Die Gewinne strömen zum großen Teil in die Produktion zurück und werden akkumuliert, d. h. in neuen Maschinen, Gebäuden und sonstiger Apparatur angelegt. Der Konjunkturverlauf wird durch diese rasche Akkumulation beschleunigt, die Zeit industrieller Prosperität also verkürzt. Wiederum umgekehrt ist es während der Krisenzeit, wie sich da hohe Preise auswirken, wurde schon gesagt.

Eines der bekanntesten und wirtschaftlich bedeutungsvollsten Mittel monopolistischer Preispolitik ist die Produktionsbeschränkung. Durch künstliche Beschränkung der Produktmenge einzelner Industriezweige wird eine Verknappung der monopolistisch produzierten Waren auf dem Markt herbeigeführt und somit nur effektive, d. h. zahlungsträchtige Nachfrage befriedigt. Diese Politik wirkt sich bei Kartellen und Trusts verschieden aus. Wenn auch prinzipiell die Wirkungen für beide Konzentrationsformen die gleichen sind, so besteht doch gradmäßig ein wesentlicher Unterschied. Das Kartell bzw. Syndikat ist gezwungen, mit wenig rentablen bzw. unrentablen Betrieben zu arbeiten. Die einzelnen Kartellmitglieder versuchen die Produktionsquoten von den unrentablen Betrieben aufzulassen, um die Produktionskapazitäten ihrer eigenen Betriebe im erhöhten Maße auszunutzen zu können. In die Besitzer der unrentablen, nunmehr stillgelegten Betriebe müssen jetzt Renten gezahlt werden, die aus den Monopolgewinnen der leistungsfähigen Betriebe bestritten werden müssen. Es tritt also schon eine wesentliche Verminderung des Kapitalfonds ein, der sonst zur Akkumulation verwendet würde. Des weiteren sind die Kartelle niemals in der Lage, Rationalisierungsmaßnahmen, insbesondere nach der organisatorischen Seite hin, so gleichmäßig und rasch vorzunehmen, wie die viel organisierter zusammengefügten Trusts. Der Trust braucht keine Rente zu zahlen und unrentable Betriebe durchzuhalten. Gleichmäßig verteilt er seinen Akkumulationsfonds auf die gesamten Anlagen und erhöht schon aus diesem Grunde, gegenüber dem Kartell, wesentlich den Produktionsseffekt. Rascher kann er sich organisatorisch in bezug auf die Absatzmärkte umstellen, und gibt darum dem ganzen Monopolgebilde ein einheitliches Gepräge.

Aber gerade an all den technischen Vorteilen, die dem Trust innewohnen, läßt sich am deutlichsten der Widerspruch, der in jedem Monopol enthalten ist, demonstrieren. Dem Trust ist es wegen seiner wirtschaftlichen Überlegenheit möglich, die größte Profitrate zu erzielen. Der Akkumulationsstapel ist auch darum ein besonders starker. Die Produktionsmöglichkeiten werden also immer umfangreicher. Andererseits muß aber derselbe Trust immer bedacht sein, die Produktion nicht allzuweit auszuweihen, damit die Preise nicht sinken. Wenn die Preise sinken, bedeutet das zweierlei Verlust. Erstens die geringeren Einnahmen durch die niedrigeren Preise, und zweitens würden die Produktionsanlagen der Monopolorganisationen im Werte fallen, denn der Kapitalisierungswert der technischen Anlagen, d. h. der Wert, der aus dem Ertrag des Unternehmens, gemessen an dem jeweiligen landesüblichen Zinsfuß, errechnet wird, würde mit den Preisen sinken. Je erfolgreicher ein Monopolist, d. h. je größer seine Gewinne sind, um so mehr macht sich dieser innere Widerspruch geltend.

Auf die Dauer ist es unmöglich, alle Monopolgewinne zu akkumulieren. Wenn auch für die Akkumulation eine gewisse Spanne Raum bleibt, da ja die Monopolorganisationen ständig mit der Erweiterung der Absatzmärkte rechnen. Auch werden Investitionen gemacht, die späteren Verhandlungen über internationale Vereinbarungen die Grundlage geben sollen. Aber auch dieser erweiterten Akkumulation ist eine Grenze gesetzt. Es bleiben dann den Monopolen nur noch zwei Möglichkeiten, um den Widerspruch, der in ihrem Wesen liegt, auszugleichen: Dumpinghandel und Kapitalausfuhr. Dumpinghandel, Verschleuderung der Waren unter Verzehungskosten auf dem Weltmarkt und Ausgleich der Verluste durch hohe Inlandpreise, wird gegenwärtig vor allem mit Kohle getrieben. Aber auch die gesamte Schwereindustrie beteiligt sich an der Dumpingausfuhr. Selbstverständlich sind diese handelspolitischen Methoden nicht geeignet, die Völkerverständigung zu fördern. Die Arbeiterschaft hat allen Grund, dagegen Stellung zu nehmen. Bedeutet doch diese Schleuderausfuhr für die Arbeiterklasse der davon betroffenen Länder Arbeitslosigkeit und Lohndruck. Für die inländischen Konsumenten, die als letztes Glied in der Kette alles tragen müssen, Preiserrhöhung und damit ebenfalls Senkung der Realeinkommen. Kapitalausfuhr bedeutet ja noch viel offensichtlicher imperialistische Politik. Der Kapitalüberschuß wird dabei nicht nur direkt durch die

Monopolgewinne geschaffen. Die Monopolindustrien finanzieren sich vollkommen aus eigenen Mitteln. Früher in Anspruch genommene Kredite werden nunmehr abgestoßen. Die Anlagemöglichkeiten für Kredite werden kleiner, Zinsfußsenkungen und damit verbundene Kapitalausfuhr nach besseren Bewertungsmöglichkeiten sind die notwendigen Folgen. Auf die speziellen Probleme des Imperialismus kann in diesem Zusammenhange nicht eingegangen werden.

Eine vollkommene Wandlung erfährt der Schutzoll in allen seinen Funktionen, sobald wesentliche Teile der Wirtschaft mit Monopolgebilden durchsetzt sind. Die Monopolorganisationen werden dann den Zoll einfach auf die Preise aufschlagen, so daß in einem Land mit Monopolen und Schutzöllen für die Produkte der Monopolindustrien die Preise um den Schutzoll erhöht werden. Die Auslandskonkurrenz wird dann immer noch nicht gefährlich, sie muß ja bei eventueller Einfuhr die Preise um die Verbandskosten erhöhen. So drängen die monopolisierten Industrien in jedem Fall zum Schutzoll, der für sie eine bequeme, staatlich sanktionierte Gewinnmöglichkeit ist. Andererseits zeigen aber Schutzölle zur Gründung von Monopolorganisationen, denn die Ausschaltung der Inlandkonkurrenz ermöglicht eine Preissteigerung um die Höhe des Zolles.

Einschneidende Wirkungen üben die Monopolorganisationen auf den Arbeitsmarkt aus. Durch Preiserhöhungen werden die Industrien freier Konkurrenz zur Rationalisierung gezwungen. Die Rationalisierungsgewinne dieser Industrien werden aber nur zum kleinen Teil akkumuliert. Sie fließen in Gestalt hoher Preise für die Monopolprodukte den Monopolindustrien zu. Dieses können aus ihrer ganzen wirtschaftlichen Konstitution heraus die Produktion nicht erweitern. Sie fügen die Gewinne als Kapital aus und rauben damit Tausenden von Proletariern die Arbeitsmöglichkeit. Verkürzung der Konjunkturperiode und Verlängerung der Depressionszeit lassen ebenfalls das Heer der Arbeitslosen answellen bzw. die Spanne zwischen Beschäftigungszeit und Arbeitslosigkeit immer kürzer werden. Der Widerspruch, der den Monopolen an und für sich innewohnt, wird durch den Einfluß der Monopolpolitik auf den Arbeitsmarkt und damit eng verbunden die Lohnbewegungen zur Paradozie gesteigert. Um die Preise hoch zu halten, werden Arbeiter entlassen. Die effektive Nachfrage auf dem Markt verringert sich, neue Akkumulation hat immer weniger Sinn. Die Kapitalisten müssen ins Ausland abgehoben werden, und die Produktionskapazitäten der einzelnen Betriebe können nur noch mit Hilfe von Dumpingausfuhr einigermaßen ausgenutzt werden. Arbeitslosigkeit und neue, vielleicht sogar brutale Auseinandersetzungen um ausländische Absatzgebiete sind die unweigerlichen Folgen einer hemmungslosen, unkontrollierten Monopolpolitik.

Die Wirtschaftsepoche der freien Konkurrenz gehört in die Kreise der Geschichte. Trotz aller Mängel hat aber der Monopolkapitalismus gegenüber der freien Wirtschaft manchen Vorteil, und auch die Weltwirtschaften haben keinen Grund, die Epoche der freien Konkurrenz wieder herbeizuwünschen. Es muß nur Aufgabe der Arbeiterschaft sein, die Entwicklung mit wachsamem Auge zu beobachten. Wenn die Monopole weiter aus dem Boden schießen dürfen ohne jede staatliche Kontrolle (das Gesetz gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Vormachtstellung ist ja nur eine Uttrappe einer wirkungsvollen Monopolkontrolle), sind die Voraussetzungen für die Entwicklung, wie sie skizziert wurde, erfüllt. In ihrer heutigen Form werden die Monopole niemals der Lage sein, die Schwankungen der kapitalistischen Wirtschaft auszugleichen. Die Monopolorganisationen sind Kapitalzusammenballungen, die eine planwirtschaftliche Organisation wesentlich erleichtern können, sie sind aber selbst noch keine Planwirtschaft. Die Disharmonie zwischen Produktionsmitteln und Konjunktionsmittelindustrie, die Ursache aller Störungen im kapitalistischen Wirtschaftsprozess, wird durch die Monopole nicht beseitigt. Im Gegenteil, sie wird teilweise noch verstärkt. Unter Planwirtschaft kann nicht verstanden werden die Organisation einzelner Industriezweige, sondern die einheitliche Organisation der gesamten Produktion. Erst dann können die richtigen Proportionen zwischen den einzelnen Industrien hergestellt werden. Das ist eine planwirtschaftliche Voraussetzung, die aber die kapitalistische Wirtschaftsweise nie erfüllen kann. Solange das Profitstreben die treibende Kraft zur Produktion ist, wird immer ein Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion vorhanden sein. Aufgabe zukünftiger Wirtschaftspolitik muß es sein, die Monopolorganisationen als Bausteine für ein Wirtschaftssystem zu benutzen, in dem nicht die Gewinne einer Klasse, sondern die Bedürfnisse der Gesellschaft das Primäre sind. H. H.

Die neue Ermäßigung der Lohnsteuer

Die Arbeiterschaft führt seit langem einen Kampf um eine gerechtere Festsetzung der Lohnsteuer. Diese Forderung ist um so berechtigter, als die immer stärker anwachsenden indirekten Steuern (insbesondere Zölle) den kleinen Mann schwer treffen. Neben einer allgemeinen Erleichterung werden daher fühlbarer Ermäßigungen für Kinderreiche Steuerzahler immer wieder gefordert. Wenn es auf diesem Gebiete nur langsam vorwärts geht, so liegt dies einerseits an der Zusammenfügung des Reichstags und andererseits daran, daß die Länder stark an Lohnsteuereinkommen interessiert sind. 75 Proz. der Reichseinkommensteuer gehen nämlich an die Länder und Gemeinden. Bei der bekannten Finanzmiserie der Länder und Gemeinden sind diese natürlich gegen jede Schmä-

kung ihrer Einnahmehafts, zum mindesten verlangen sie einen Ausgleich. Die Lohnsteuer wird daher stets eine gewichtige Rolle bei jeder Finanz- und Steuerreform spielen.

Im Jahre 1925 wurde durch die sogenannte Lex Brüning der Regierung der Weg zur weiteren Ermäßigung der Lohnsteuer vorgezeichnet. „Übersteigt“ so hieß es dort, „das Aufkommen aus der Lohnsteuer in einem Zeitraum von zwei aufeinanderfolgenden Kalendervierteljahre den Betrag von 600 Millionen M., so hat die Regierung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Erhöhung der Abzüge bei kinderreichen Familien und des steuerfreien Betrags herbeiführt.“

Die Lex Brüning wurde jedoch trotz Eintretens der Voraussetzungen nicht durchgeführt. Im Gesetz vom 22. Dezember 1927 hatte man lediglich einen Abzug von 15 Proz. der wirklich zu erhebenden Lohnsteuer festgelegt, während die Lex Brüning dahingehend abgeändert wurde, daß eine weitere Ermäßigung bei einem Jahresaufkommen von 1300 Millionen M. aus der Lohnsteuer einzutreten hat. Die Lohnsteuerergebnisse in den folgenden Monaten ergaben, daß trotz der Lohnsteuererleichterungen in Höhe von rund 61 Millionen M. für das Etatsjahr 1928/29 das Lohnsteueraufkommen den Betrag von 1300 Millionen M. wesentlich übersteigen wird. Ein Initiativgesetzentwurf von Mitgliedern der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokratischen Partei beabsichtigte daher die weitere Veränderung der Einkommensteuer. Leider war im damaligen Zeitpunkt nur eine recht geringe Ermäßigung durchzuführen, und zwar durch eine Erhöhung des bisherigen Abschlags von 15 auf 25 Proz. Diese Regelung kann uns absolut nicht befriedigen, und wir müssen erwarten, daß bei Beratung der großen Steuerfragen im Herbst die Einkommensteuer und insbesondere die Lohnsteuer einer wirksamen und gerechten Änderung unterzogen wird.

Durch das zweite Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 23. Juli 1928 wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 die nach den §§ 70 und 74 des Einkommensteuergesetzes zu erhebende Einkommensteuer (Steuerabzug vom Arbeitslohn) um 25 Proz. ermäßigt. Diese Ermäßigung ist jedoch im Regelfalle einer Begrenzung unterworfen. Der Abschlag von der Steuer beträgt nämlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate höchstens 3 M. (bisher 2 M.) monatlich, bei Zahlung für volle Wochen höchstens 75 Pf. (bisher 50 Pf.) wöchentlich. Bei Akkord- und Heimarbeitern findet die Begrenzung nicht statt. Bei einmaligen Einnahmen ist der Abschlag überhaupt nicht anwendbar. Zur Berechnung der Steuer ist in Zukunft der Arbeitslohn bei Zahlung für volle Monate aus den nächsten durch fünf teilbaren vollen Reichsmarkbetrag, bei Zahlung für volle Wochen auf den nächsten vollen Reichsmarkbetrag nach unten abzurunden.

Zur Erläuterung der Berechnung der Steuer sei folgendes hier wiedergegeben:

Der steuerfreie Lohnbetrag von 1200 M. jährlich (100 M. monatlich, 24 M. wöchentlich) besteht aus

1. dem steuerfreien Lohnbetrag im engeren Sinne von 720 M. jährlich (60 M. monatlich, 1,40 M. wöchentlich),
2. dem Pauschalbetrag für Werbungskosten (notwendige Ausgaben des Arbeitnehmers durch Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, Aufwendungen für Werkzeuge und Berufskleidung) von 240 M. jährlich (20 M. monatlich, 4,80 M. wöchentlich),
3. dem Pauschalbetrag für Sonderleistungen (Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Angestellten-, Invaliden-, Erwerbslosenversicherung, Beiträge zu Witwen-, Waisen-, Pensions- und Sterbefällen, Lebensversicherungsprämien, Ausgaben für die Fortbildung in dem Beruf, den der Steuerpflichtige ausübt, Kirchensteuern, Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufs- und Wirtschaftsvereinigungen usw.) von 240 M. jährlich (20 M. monatlich, 4,80 M. wöchentlich).

Zu diesen allgemeinen Abschlägen treten dann die Familienermäßigungen. Hier kommen nun zwei Systeme in Frage, das System der prozentualen Ermäßigungen und das der festen Abzüge. Die Anwendbarkeit im einzelnen richtet sich danach, welches System sich für den Arbeiter in seiner Gesamtheit günstiger gestaltet. Das System der festen Abzüge wirkt günstiger bei niedrigen Einkommen, das der prozentualen bei höheren Einkommen.

Die Familienermäßigung beträgt für die zur Haushaltung des Arbeiters zählende Ehefrau sowie für jedes zu seiner Haushaltung zählende minderjährige Kind je 10 Proz. des über obige Freibeträge hinausgehenden Arbeitslohnes (prozentuales System).

Nach dem System der festen Abzüge kommen folgende Ermäßigungen in Frage:

- a) für die Ehefrau 10 M. monatlich, 2,40 M. wöchentlich,
- b) für das erste Kind 10 M. monatlich, 2,40 M. wöchentlich,
- c) für das zweite Kind 20 M. monatlich, 4,80 M. wöchentlich,
- d) für das dritte Kind 40 M. monatlich, 9,60 M. wöchentlich,
- e) für das vierte Kind 60 M. monatlich, 14,40 M. wöchentlich,
- f) für das fünfte und jedes folgende Kind je 80 M. monatlich, 19,20 M. wöchentlich.

Für Lohnneinkommen, welche die in nachstehender Tabelle bezeichneten Schrittpunkte nicht übersteigen, ist nun das System der festen Abzüge, für Lohnneinkommen, die über diesen Schrittpunkten liegen, das System der prozentualen Ermäßigungen anzuwenden.

Familienstand	Arbeitslohn		
	monatlich M.	wöchentlich M.	täglich M.
1. Verheirateter Arbeitnehmer			
Ehefrau	201,00	48,00	8,30
1 Kind	294,00	48,00	8,30
2 Kinder	234,00	56,00	9,50
3 Kinder	301,00	72,00	12,10
4 Kinder	384,00	91,00	15,50
5 Kinder	468,00	112,00	18,70
6 Kinder	529,00	126,00	21,50
7 Kinder	579,00	138,00	23,10
8 Kinder	614,00	146,00	24,90
9 und mehr Kinder	—	—	—
2. Verwitweter Arbeitnehmer			
1 Kind	294,00	48,00	8,30
2 Kinder	254,00	60,00	10,10
3 Kinder	334,00	80,00	13,70
4 Kinder	429,00	102,00	17,10
5 Kinder	524,00	124,00	20,90
6 Kinder	584,00	140,00	23,50
7 Kinder	629,00	151,00	25,30
8 Kinder	664,00	159,00	26,90
9 Kinder	689,00	165,00	27,70
10 und mehr Kinder	—	—	—

Bedient z. B. ein Kollege mit Frau und zwei Kindern bis zu 56,99 M. pro Woche, so ist das System der festen Wöchige anzuwenden. Übersteigt sein Einkommen diesen Betrag, so kommt das günstigere prozentuale System zur Anwendung.

Wird der steuerfreie Lohnbetrag erhöht (etwa für einen mittellosen Angehörigen), so verschiebt sich der Schnittpunkt um den erhöhten Betrag.

Bei Arbeitnehmern, bei denen Familieneinkünfte nicht in Betracht kommen (ledige Arbeitnehmer und Witwen ohne Kinder), hat der Unternehmer von dem abgerundeten und um die steuerfreien Lohnbeträge gekürzten Arbeitslohn bei jeder Lohnzahlung einen Betrag von 10 Proz., vermindert um den Abschlag von 25 Proz. bzw. 75 Pf. wöchentlich, 3 M. monatlich im Höchstfalle, als Steuer einzubehalten.

Bei Arbeitnehmern, bei denen Familieneinkünfte in Betracht kommen, gilt folgendes:

1. Soweit für die Familieneinkünfte das System der festen Wöchige anzuwenden ist, hat der Unternehmer von dem abgerundeten und um die steuerfreien Lohnbeträge und um die Familieneinkünfte gekürzten Arbeitslohn bei jeder Lohnzahlung einen Betrag von 10 Proz., vermindert um den Abschlag von 25 Proz. bzw. 75 Pf. wöchentlich, 3 M. monatlich, als Steuer einzubehalten.

2. Soweit für die Familieneinkünfte das prozentuale System anzuwenden ist, vermindert sich der von dem abgerundeten Arbeitslohn nach Abhebung der steuerfreien Lohnbeträge zu berechnende Satz von 10 Proz. um je 1 Proz. für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau sowie für jedes zur gemeinsamen Haushaltung zählende minderjährige Kind. Im Gesetz ist dies in der Weise zum Ausdruck gebracht, daß für jeden Familienangehörigen 10 Proz. des Arbeitslohns, der über die steuerfreien Beträge hinausgeht, als steuerfrei bezeichnet werden. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß es nicht zulässig ist, von dem abgerundeten und um die steuerfreien Lohnbeträge verminderten Arbeitslohn zuerst die festen Familieneinkünfte abzusetzen und dann noch die Steuer in der Weise zu berechnen, daß von dem Steuerfuß von 10 Proz. je 1 Proz. für die Familienangehörigen abgesetzt werden. Die Minderung des Steuerfußes von 10 Proz. um je 1 Proz. bedeutet bereits eine Berücksichtigung der Familieneinkünfte. Von dem sich hiernach ergebenden Betrag ist dann wieder der Abschlag von 25 Proz. bzw. 75 Pf. wöchentlich, 3 M. monatlich, im Höchstfalle zu machen.

Die vor der Vornahme des Abschlags sich ergebende Steuer ist auf den nächsten durch fünf teilbaren Reichspfennigbetrag nach unten abzurunden. In der gleichen Weise ist die nach der Vornahme des Abschlags sich ergebende Steuer abzurunden.

Beispiel: Ein Kollege mit Frau und zwei Kindern bezieht einen Bruttoarbeitslohn von 56,99 M. die Woche. Der Betrag liegt im Schnittpunkt, es kommt demnach das System der festen Wöchige zur Anwendung.

Bruttoarbeitslohn 56,99 M., abgerundet	56,— M.
Steuerfreie Lohnbeträge	24,— M. 32,— M.
Familieneinkünfte:	
für die Ehefrau	2,40 M.
für das erste Kind	2,40 M.
für das zweite Kind	4,80 M. 9,60 M.
verbleiben	22,40 M.
Sie von 10 Proz. Steuer	2,24 M.
abgerundet	2,20 M.
Abschlag 25 Proz.	0,55 M.
Einzubehaltende Steuer	1,65 M.

Würde derselbe Kollege dagegen 65 M. Wochenlohn erhalten, so käme das prozentuale System in Betracht und die Berechnung wäre folgende:

Bruttowochenlohn	65,— M.
Steuerfreie Lohnbeträge	24,— M.
verbleiben	41,— M.
Sie von 10 Proz., weniger 3 Proz. = 7 Proz.	2,87 M.
abgerundet	2,80 M.
Abschlag 25 Proz.	0,70 M.
Einzubehaltende Steuer	2,10 M.

Der auf den Arbeitslohn entfallende Steuerbetrag wird nicht erhoben, wenn er beim Monatsgehalt 1 M., beim

Wochenlohn 25 Pf. nicht übersteigt. Zu erwähnen wäre noch, daß der Abschlag von 25 Proz. auch für die veranlagte Einkommensteuer gilt, wenn das Einkommen den Betrag von 15 000 M. jährlich nicht übersteigt. Die Ermäßigung beträgt im Höchstfalle 30 M. jährlich.

Die mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 eintretenden Änderungen finden erstmalig auf den Arbeitslohn Anwendung, der für eine nach dem 30. September 1928 erfolgte Dienstleistung gewährt wird. Fällt der Lohnzahlungszeitraum zum Teil in die Zeit vor dem 1. Oktober 1928, zum Teil in die Zeit nach dem 30. September 1928, so sind die Änderungen für den ganzen Lohnzahlungszeitraum anzuwenden.

Korrespondenzen

Gotha. (Stereotypure und Galvanoplastik.) Zu unserer Halbjahrsversammlung am 2. September in Trautmanns Restaurant hatten sich trotz teilweise schlechter Zugerbindung dennoch etwa 30 Spartenkollegen eingefunden. Für den Ortsverein Gotha entbot Kollege Bruhn den Willkommensgruß. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles erstattete Kollege Goldammer ein ausführliches Referat über den „Ersten deutschen Stereotypurtag“ und über die „Presse“. Aus der Zeit des in Köln Gehauten und Erlebten gab der Vortragende zunächst einen Einblick des großen Wertes und ging dann vorzugsweise auf die uns Stereotypure und Galvanoplastik besonders interessierenden Neuerungen, speziell im Maschinenwesen, ein. Reicher Beifall lohnte seine vorzüglichen Ausführungen. Unter „Technischen“ fanden Erklärungen des Kollegen Mesch zu neueren Witteraufhebungsverfahren für Zeitungstereotypie allseitiges Interesse. Als Tagungsort für die nächste Halbjahrsversammlung wurde Wöhrde bestimmt. Danach fand die Tagung mit einem Hoch auf Verband und Sparte ihr Ende. — Der Nachmittags einte das Wöllchen der Weischofer auf dem kleinen Seeberg zu freudigstem Tun.

Halle a. d. S. (Halle.) Unsere Vereinigung hatte nach der Sommerpause ihre Mitglieder zu einer Versammlung am 31. August eingeladen, in welcher Kollege Eckhardt (Weipzig) einen Vortrag über „Einführung in die Kalkulation“ hielt, mit dem gleichzeitig eine Ausstellung moderner Gebrauchsdrucksachen und japanischer Papiere und deren Stoffe verbunden war. Der Redner besprach einleitend das Papier und deren gebräuchlichste Formate und streifte dann die einzelnen Bestandteile der Kalkulation auf Grund des Buchdruck-Preisartikels. Er betonte besonders, daß es nicht für jeden Handwerker wichtig und notwendig sei, sich mit der äußerst schwierigen Materie der Kalkulation vertraut zu machen, nur für vorwärtsstrebende Kollegen sei es ratsam. Reicher Beifall lohnte dem Vortragenden für seine interessanten Ausführungen; ebenso fand die Ausstellung allgemeine Anerkennung. Die Aussprache über den abzuhaltenden Kalkulationsturnus ergab ein befriedigendes Resultat, so daß derselbe nunmehr gesichert ist. Eine mit dem Vorsitzenden der hiesigen Maschinen- und Handwerkervereine zwischen Maschinen- und Handwerkervereine. Eine Anregung zur Beschaffung der Farbenfabrik von Gebr. Harimann (Ammerdorf) sowie eine Fahrt nach Leipzig zur Beschaffung des Buchgewerbehäuses wurde dem Vorstand zur Erledigung überwiesen. Ein erfreuliches Zeichen unserer Aufwärtsbewegung war der vom Kassierer erstattete Salbungsbericht, welcher am 30. Juni einen Kassenbestand von 408,74 M. und einen Mitgliedsbestand von 188 aufwies.

K. H. Heibelberg. Unser halbjähriges Hauptversammlung am Sonntag, dem 19. August, im „Gewerkschaftshaus“ hatte einen mäßigen Besuch aufzuweisen, was der Vorsitzende, Kollege Rauf, bei der Eröffnung als sehr bedauerlich bezeichnet. Sodann gedachte er drei verstorbener Kollegen von denen ein Kollege durch Autounfall sein Leben genommen ist. Nach Erledigung verschiedener Eingänge erstattete Kollege Maurer den Kassenbericht zum zweiten Quartal, welcher auch gedruckt vorlag; da keine Beanstandungen gemacht wurden, konnte ihm auf Antrag eines Revisors Entlastung erteilt werden. Durch Mittritt des zweiten Vorsitzenden Julius Müller aus Gesundheitsrücksichten war eine Neuwahl notwendig. Auch die Wahl eines Schriftführers wurde vollzogen. Unter „Verschiedenem“ machte der Vorsitzende auf unser neues Bureau im „Gewerkschaftshaus“ aufmerksam; die Sprechstunden dafelbst finden Mittwochs von 4 bis 6 und Sonntags von 3 bis 6 Uhr statt. Nachdem Kollege Kauf den scheidenden Vorstandsmittgliedern für ihre langjährige Mitarbeit im Bezirksvorstand nach dem Dank der Versammlung ausgesprochen hatte, konnte er die gut verlaufene Versammlung schließen.

Münster i. W. Unsere dritte Bezirksversammlung am 26. August in Coesfeld hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Nach der Fahrt von Münster bis Coesfeld ging es unter Borantzeit einer Müttkapelle zum Tagungslokal. Hier begrüßte Kollege Greiner die Kollegen aufs herzlichste, was im Namen der Coesfelder Kollegen auch durch den Kollegen Wehler geschah. Nach Verlesung des Protokolls, das einstimmige Annahme fand, wurden sieben Aufnahmen vollzogen. Unter „Bereinstimmungen“ wurde die neue Lehrplangordnung zur Sprache gebracht und lebhaft diskutiert. Den Kassenbericht, der gedruckt vorlag, gab der Kassierer, Kollege Volker, ihm konnte für prompte Kassenführung Entlastung erteilt werden. Wegen Kassen müßte ein Kollege ausgeschlossen werden. Im Verlaufe der Tagung, die sich im wesentlichen mit internen Berufsfragen beschäftigte, erstattete der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über die Bezirksvorstehersonferenz. Kollege Rogge gab einen Rückblick von der Jungbuchdrucker Tagung des Gau's Rheinlands-Westfalen. Eine Geldbewilligung zwecks Anschaffung von Gebrauchsgegenständen für den Bezirksvorstand fand einstimmige Annahme. Dann kamen unter „Verschiedenem“ einige kleinere Anfragen zur Erledigung. Nach Schluß der Versammlung wartete die „Typographia“ (Münster) unter

Leitung des Dirigenten Gehring mit Lieberpenden auf. Daran schloß sich eine Führung durch das idyllisch gelegene Städtchen Coesfeld.

Bremen. (Bezirksversammlung des Bezirks Aller-Meser am 26. August in Bremen.) Wenn auf Wunsch der Kollegen die diesjährige Versammlung nach Bremen verlegt wurde, so lag dies im Interesse aller Kollegen des Bezirks, denn auch sie wollten einmal das neue Heim, das sich der Gau „Nordwest“ geschaffen hat, in Augenschein nehmen. Zahlreich hatten sich deshalb auch die Kollegen aus fast allen Orten eingefunden. Um 11 Uhr wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden Kollegen Grod mit begrüßenden Worten eröffnet. Vom Bezirk Bremen begrüßte Kollege Harmeling die Erschienenen und wünschte der Tagung guten Verlauf. Unter „Mitteilungen“ wurden einige örtliche Angelegenheiten vorgelesen, die ihre Erledigung durch den Vorstand finden sollen. Hierauf sprach Gauvorsitzer Kollege Fischer (Bremen) über das Thema: „Von individuellen zum kollektiven Arbeiterschutz“. Einleitend begrüßte er die Versammelten im Namen des Gauvorsitzenden und hieß alle in dem neuen Heim herzlich willkommen, das heute als ein sichtbares Zeichen des Aufstiegs des Nordwestgau's dastehe. Es sei vielen nicht immer klar, in welchem Maße der Aufstieg der Arbeiterklasse erfolgt ist. Viele glauben an allem Recht über zu klaffen, ohne zu wissen, was wir gerade auf diesem Gebiete schon erreicht haben. Vieles ist der Verbesserung bedürftig. Vor allem muß zwischen Schiedspruch und dessen Verbindlichmachung ein größerer Spielraum gelassen werden, damit starke Gewerkschaften nicht in ihrem Existenzkampf gehindert sind. Der alte Juristengeist muß auch aus den Arbeitsgerichten verschwinden und diese mit sozialem Geist erfüllen. Deshalb nicht immer kräftiger, sondern das Erzielte anerkennen. Mitarbeit leisten, müsse unsere Pflicht sein. Die hierauf folgende Aussprache war sehr lebhaft und zeigte einen starken Einschlag nach der politischen Seite hin. Alle Redner sprachen sich dahin aus, daß für den weiteren Aufstieg der Arbeiterklasse auch eine starke sozialistische Partei notwendig sei. Sodann wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt und danach die Versammlung um 1 Uhr geschlossen. — Anschließend folgte dann ein Rundgang durch das Vereinshaus. Bis zum späten Abend blieben die Kollegen noch in fröhlichster Stimmung beisammen, und jeder wird mit dem Bewußtsein nach Hause gefahren sein, daß es doch gut ist, jetzt ein eigenes Heim zu besitzen.

Allgemeine Rundschau

Bestimmungen über Lehrlingshöchstgehälter. Die Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbelammertages (Hannover, Brinckstraße 20) hat die Bestimmungen über Lehrlingshöchstgehälter nach dem Stande vom September 1927 in Broschürenform zusammengestellt. Soweit das Buchdruckgewerbe dabei in Frage kommt, sind die Angaben nicht zuverlässig, weil das Inkrafttreten der Lehrplangordnung mehrfach nicht berücksichtigt ist. Außerdem erstreckten sich die Angaben für das Buchdruckgewerbe nur auf 34 Kamerbezirke von den 67 im Reich vorhandenen, so daß die Anschaffung der 114 Seiten starken Broschüre, die 1 M. kostet, fast zwecklos ist.

Ein värglicher Lehrling. Daß es auch so etwas noch gibt, zeigte sich in einer Lohntage, die ein Buchdruckerlehrling gegen den Buchdruckerbesitzer Leo Gishwind in Wöhrde vor dem Arbeitsgericht antrug. Der streitbare Herr, dem anscheinend das Lohngehalt recht schwer fällt, schaute sich nicht, seine Lehrlinge zu prügeln und sie dabei mit Schimpfworten zu belegen, wie sie früher auf dem Kasernenhof üblich waren. Der sonderbare Lehrlingsausbilder schaute auch in einer zweiten Lehrlingsklage nicht davor zurück, den Vorwand des fliegenden Lehrlings dahin zu beeinflussen, die dem Prozessretter gegebene Vollmacht wieder zurückzugeben. Zum Glück hatte er damit aber bei dem Arbeitsgericht keinen Erfolg, denn dieses trat der Ansicht des Prozessretters bei, der den Lehrling als einen Arbeitsvertrag bezeichnete, wodurch sich eine Vollmacht des gesetzlichen Betreters überflüssig machte. Daß beide Klagen durch Güterverhandlungen ihre Erledigung fanden, beweist, daß dem Herrn Lehrlingmeister an Gerichtsstelle wohl doch etwas anders zumute war, als das anscheinend in seinem Betrieb sonst der Fall ist. Der Vorfall zeigt aber, daß es auch für den Handwerkskammerbezirk Gera, zu dem Wöhrde gehört, höchste Zeit ist, die Lehrplangordnung für das Buchdruckgewerbe einzuführen, damit solchen Prinzipalpa, die die Zeit verschlafen haben, andre Begriffe über Lehrlingsausbildung beigebracht werden können.

Sprachkurse. Anfang Oktober beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Winterlehrgänge (Abendunterricht) in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Wichtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandeln: Mühselige und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzlehre und Sprachlehre; Fremdwortkunde, „mir oder mich“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Unterfertigung von Aufträgen. Zur Deckung der Nachteile wird für einen Vierteljahrskursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose Kollegen zahlen monatlich 2 M. Die Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Die Kurse werden in drei Stadtteilen abgehalten: Norden, Westen und Neutempel. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule, Berlin W 67, Zietenstraße 6a.

Ausbildungsmöglichkeit für graphische Reproduktionstechnik. An der Berufsschule III für Graphik und gestaltete Gewerbe in Frankfurt a. M. wird mit Beginn des Wintersemesters eine neue Lehrwerkstätte für Reproduktionstechnik eingerichtet. Zunächst sollen die Früher Reproduktionstechnik, Kopiererei, Ätzen und anschließende Photographie behandelt werden. In musikalisch eingerichteten Unterrichtsräumen, die mit den modernsten Hilfsmitteln versehen sind, wird Herr Gieseler, Fachlehrer der Lehr- und Versuchsanstalt Krimlich & Co. (Frankfurt a. M.) diesen Unterricht leiten. Der Unterricht beginnt am 15. Oktober und wird Donnerstags und Freitags von 6 bis 9 Uhr abends erteilt. Das Schulgeld für fortgeschrittene Lehrlinge beträgt für sechs Unterrichtsstunden einschließlich Verkehr

